

Digitale Demokratie

Wie werden digitale Technologien unsere Demokratie transformieren?

Früher oder später wird die Demokratie von der Welle der Digitalisierung mitgerissen. Früher oder später wird die Demokratie von der Welle der Digitalisierung mitgerissen. In der Schweiz ist elektronisches Abstimmen bereits eine Realität und die digitale Identitätskarte steht in den Startlöchern. Doch wie wirken sich diese Technologien auf demokratische Prozesse aus? Im neuen Buch widmen sich Daniel Graf und Maximilian Stern deshalb der Zukunft der direkten Demokratie und bleiben dabei leider zu unkritisch.

DIGITALE NACHZÜGLERIN SCHWEIZ

Das Buch kommt in zehn gut verdaulichen Kapiteln daher. Dabei zeigt sich: Die Schweiz hinkt punkto Digitalisierung der Demokratie hinterher. Denn Menschen können bei politischen Prozessen kaum digital partizipieren. Graf und Stern sind entsprechend konsterniert: «Die Schweiz braucht den Mut und den politischen Willen, mehr Pilotprojekte durchzuführen. Das föderale System würde dafür die besten Voraussetzungen bieten.» Vor allem Internetplattformen böten dafür eigentlich die perfekte Ausgangslage.

Für die Autoren liegt in der Digitalisierung das Mittel, um dynamische, gesellschaftliche Veränderungen mit Flexibilität und Tempo anzugehen. Denn auch verhältnismässig gut

geölte Demokratien müssen sich mit digitalen Technologien und dem Einfluss sozialer Medien befassen. Nur wenn die direkte Demokratie also gepflegt und weiterentwickelt würde, liessen sich echte Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit finden.

VON DER TRIBÜNE AUF DIE BÜHNE

Es ist Graf und Stern anzurechnen, dass sie trotz zwischenzeitiger «Political Fiction» nicht dem fatalistischen Pessimismus verfallen, der an jeder Ecke lauert. Stattdessen plädieren sie dafür, dass die digitale Demokratie Menschen von der Tribüne auf die Bühne holt. Doch vor lauter Versuchen, Chancen und Wege aufzuzeigen, gehen die offensichtlichen Sicherheitsbedenken – z.B. Datenmissbrauch und digitale Monopolisierung – leider unter. Dieser naive Zukunftsglaube hinterlässt bei der eigentlich wertvollen und gut verständlichen Standortbestimmung einen bitteren Nachgeschmack.

Florian Wüstholtz



Daniel Graf, Maximilian

Stern: Agenda für eine digitale Demokratie, NZZ Libro: Zürich 2018, CHF 35.–.

Fragwürdige Zählmethode

Die Schweiz sieht sich bei der Arbeitslosigkeit gerne als Musterknaben, ist es aber nicht. Zwar spricht das Staatssekretariat (Seco) von einer Arbeitslosenquote von 2,4 Prozent und «rascher und nachhaltiger Erholung». Misst man mit den Standards der internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Messungen), liegt die Arbeitslosigkeit mit 4,9 Prozent allerdings mehr als doppelt so hoch, höher als in Deutschland (3,5), Norwegen (4,0), Grossbritannien (4,1) oder Holland und in den USA mit 4,0 Prozent.

Darüber liegt mit 7,4 Prozent die EU. Langzeitarbeitslose soll es laut IOL-Messung in der Schweiz 99 000 geben; das Seco weist hingegen nur 20 000 aus.

Warum die Beschönigungen des Seco? Wieso vergleicht man Birnen mit Äpfeln? Wollen die Schweizer Statistiker vielleicht nicht anerkennen, dass der «Import» von billigeren ausländischen Arbeitskräften die schweizerischen Arbeitssuchenden in grösserem Masse benachteiligt? Lieber pflegt man den Mythos, die Schweiz sitze in Sachen Wirtschaft immer auf den vordersten Rängen. Das stärkt zwar kurzfristig das Selbstbewusstsein, schwächt aber nachhaltig die Glaubwürdigkeit. HW

Was ist das ökologische Grundeinkommen?

Kann mit dem ökologischen Grundeinkommen die Diskussion über eine menschenwürdige Grundversorgung neu lanciert werden? Diese Frage steht im Zentrum des Forums, das die Integrale Politik Schweiz am 3. November in Olten organisiert.

Das ökologische Grundeinkommen (ÖGE) ist ein bedingungsloses Grundeinkommen, das aus Abgaben auf unerwünschten Umweltverbrauch finanziert wird. Der Ertrag aus diesen Abgaben (etwa einer Öko-Steuer auf Rohstoffe, CO₂-Emissionen oder Flächenverbrauch) wird an die Bevölkerung zurückverteilt. Jeder Bürger, vom Säugling bis zum Greis, Reich und Arm, erhält einen «Öko-Bonus» bzw. ein «ökologisches Grundeinkommen». Es handelt sich also um die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens aus Steuern auf den Konsum, der die Umwelt belastet und dem Ziel einer «nachhaltigen Entwicklung» zuwiderläuft. Das ÖGE hat das Potenzial, Strukturprobleme und Gerechtigkeitslücken fortgeschrittener Industriegesellschaften auf eine besonders freiheitliche Art und Weise anzugehen und also den Weg für einen «Green New Deal» zu eröffnen.

Das ÖGE ermöglicht die direkte, materielle Umverteilung nach unten, eine enorm bessere Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt und schliesslich mehr gemeinnützige Tätigkeiten für wenig Geld bis hin zum Nulltarif – gut für die Selbstverwirklichung und die Gemeinschaftspflege.

Die Arbeit wird dadurch sinnvoller und ausbeuterischen Tendenzen entzogen. Schliesslich sind es nicht nur die Armen, die an der wachsenden Wohlstandsschere leiden. Auch Mütter und Väter können angesichts zunehmender Ungleichverteilung von Arbeit ihre Lebensansprüche nicht mehr mit den Anforderungen ihrer Erwerbstätigkeit vereinbaren.

Anike von Burg

Die IP Schweiz organisiert am 3. November in Olten ein **Forum zum «ökologischen Grundeinkommen»** mit dem Experten Ulrich Schachtschneider und einer Podiumsdiskussion mit weiteren Experten.

Weitere Infos: www.integrale-politik.ch

Die Friedenskraft muss in uns wachsen

«*Werte für den Frieden*» – dies war das Thema der Kundgebung vom 21. September auf dem Berner Waisenhausplatz anlässlich des Internationalen Tag des Friedens. Rund 500 Menschen kamen, ein schöner Erfolg für die Organisatorin «Friedenskraft».

Der Ethiker Prof. Thomas Kesselring zerpfückte in einem scharfen und humorvollen Referat die Argumente für eine schweizerische Rüstungsindustrie. Sie werde oft verharmlost, sagte Kesselring – «Waffen allein töteten ja keine Menschen, es brauche dazu immer auch jemanden, der sie bediene.» Diese Ausrede sei albern. «Man produziert keine Gewehre, damit sie niemand benützt!»

Der Basler Friedensforscher und Historiker Dr. Daniele Ganser war trotz der vielen Angriffe gegen seine Person gut gelaunt. Er zeigte, wie die USA, Russland, Frankreich, England und Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gegen das Gewaltverbot der UNO verstossen haben, um ihre Grossmacht-politik durchzusetzen. «Es ist wichtig», so Daniele Ganser, «Verstösse gegen das Gewaltverbot öffentlich zu kritisieren.»

«Wir möchten, dass das Gewaltverbot der UNO und die Pflicht zur einvernehmlichen Lösung von Konflikten wieder ins politische Bewusstsein kommt», sagte Christoph Pfluger vom Vorstand friedenskraft.ch. «Und wir möchten alle Menschen ermuntern, etwas dafür zu tun, was immer unserem Herzen entspricht.» Der Verein friedenskraft.ch

wolle «nicht gross und mächtig werden. Aber wir möchten, dass die Friedenskraft in uns allen gross und mächtig wird.»

«**Wir haben alle ein Gewissen, eine innere Stimme und verbindende menschliche Werte**», sagte Ko-Präsident Paul Steinmann, Augenarzt aus Worb.

Diese Werte für den Frieden zu stärken und im Alltag anzuwenden sei der Zweck der Kundgebung.

Ko-Präsidentin Sieglinde Kliemen, die den «Zwüschhalt» leitet, ein Haus für gewaltbetroffene Männer, wies darauf hin, dass Konflikte nur im gegenseitigen Respekt und in Kooperation gelöst werden können. Sie forderte die Teilnehmer der Kundgebung auf, in Konflikten das Verbindende zu suchen und darauf zu bauen.

Sandro Meier, Erfinder und Organisator des Sommerspiels «Wandern für den Frieden»,



Foto: Klaus Petrus

verlieh die Preise für die drei erfolgreichsten Sammler von Friedenspunkten, die am meisten Friedensfahnen gesetzt haben. Es sind bemerkenswerterweise drei Frauen: Susanna Knutti, Iris Müller und Elisabeth Meier.

Zwischen den einzelnen Statements begeisterten die Band Liquidroots und die Sängerin Recha Maria Daengeli die Besucher und die vielen Zaungäste am Rand des Platzes mit ihren Klängen. Den Schlusspunkt setzte Daniel Moser von One Minute for Peace mit einer kurzen Friedensmeditation. *fk*

www.friedenskraft.ch

Griechenland spaltet (und erneuert?) auch die Linke

Am 20. August 2018 endete die Finanzhilfe der Euroländer und des Internationalen Währungsfonds für Griechenland. Zugleich begann die «Nach-Memorandums-Epoche». Nach mehr als acht Jahren «Rettungspolitik» ist das Land ruiniert und die Masse seiner Bewohner verarmt.

Griechenland ist inzwischen nach Bulgarien das zweitärmste Land der EU. Bis 2060 wird es unter Kontrolle seiner Gläubiger bleiben, das sind 42 weitere Jahre harter Austeritätspolitik.

Die Kapitulation von Syriza unter Ministerpräsident Alexis Tsipras vor den Forderungen der Gläubiger hat die Spaltung der Europäischen Linken zur Folge. Während die Partei «Die Linke» in Tsipras weiterhin einen

Hoffnungsträger für ein demokratisches und soziales Europa sehen will, hat die französische Bewegung «La France Insoumise» (das unbeugsame Frankreich) unter Führung von Jean-Luc Mélenchon den Ausschluss von Syriza aus der Partei Europäische Linke verlangt. In der Begründung heisst es:

«Das Drama, das dem griechischen Volk oktroyiert wird, und das sich auch anderswo abspielt, kann nur in einem Europa gestoppt werden, das von den aktuellen Verträgen befreit wird. Die Europäische Linkspartei (EL) kann in ihren Reihen nicht gleichzeitig Befürworter und Gegner eines solchen Europas dulden.»

Wie zu erwarten war, wurde der Antrag unter der EL-Präsidentschaft Gregor Gysis

abgelehnt. Dies hatte wiederum den Austritt der Partei Mélenchons und die Gründung der EU-weiten Bewegung «Maintenant le Peuple» (Jetzt das Volk) zur Folge. Dieser neuen Gruppierung haben sich inzwischen mehrere wichtige europäische Linksparteien angeschlossen. Die Partei «Die Linke» gerät mehr und mehr in die Isolation. *Andreas Wehr*

Andreas Wehr ist Jurist, linker Publizist und Mitgründer des Marx-Engels-Zentrums in Berlin und Autor zahlreicher Bücher über die EU, die linke Bewegung und die Entwicklung der Demokratie, darunter: «Griechenland, die Krise und der Euro» (2010) und «Der kurze griechische Frühling – das Scheitern von Syriza und seine Konsequenzen» (2016).

www.andreas-wehr.eu